Februar 2022
Länderbericht
Multilateraler Dialog Genf

KONRAD ADENAUER STIFTUNG

Jahr der Weichenstellungen – für die Schweiz und "Die Mitte"

Erster Abstimmungssonntag in der Schweiz – Wichtiges Jahr für die Schweiz und die EVP-Partnerpartei „Die Mitte“

Olaf Wientzek

Auf den ersten Blick scheint der Schweiz ein vergleichsweise ruhiges Jahr bevorzustehen: Die Parlamentswahlen finden erst im Herbst des kommenden Jahres statt. Gleichwohl stehen 2022 mehrere innen- wie außenpolitisch wichtige Weichenstellungen an. Die Resultate des ersten Volksabstimmungssonntags des Jahres, bei dem das Stimmvolk in drei von vier Fällen nicht der Empfehlung der Regierung folgte, zeigen, dass auch für den Bundesrat ein herausforderndes Jahr bevorsteht. Auch für die christdemokratisch geprägte "Die Mitte", vormals CVP (assoziiert mit der Europäischen Volkspartei), ist 2022 ein wichtiges Jahr zur Vorbereitung auf die ersten Parlamentswahlen unter neuem Namen im kommenden Jahr.

Erster Abstimmungssonntag: in 3 von 4 Fällen gegen den Bundesrat

Der erste Abstimmungssonntag des Jahres 2022 wartete mit vier Vorlagen auf. Die Beteiligung lag mit 44% deutlich unter der Beteiligung bei allen Abstimmungssonntagen 2021.

Wie sich bereits in den Umfragen zuvor abgezeichnet hatte, sprach sich eine klare Mehrheit des Stimmvolks für ein ***Tabakwerbeverbot*** für Kinder und Jugendliche aus. So wird künftig jede Art von Werbung verboten, die Kinder und Jugendliche zugänglich ist. In der Tat war Tabakwerbung im europäischen Vergleich bislang vergleichsweise lax geregelt. Die Schweiz hat auch das Rahmenübereinkommen der WHO zur Begrenzung des Tabakgebrauchs noch nicht ratifiziert. Bundesrat und Parlament ging die von Gesundheits- und Jugendorganisationen, darunter dem Berufsverband der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH), unterstützte Vorlage zu weit, sie brachten einen milderen Gegenvorschlag ein. Mit diesem wäre Werbung für Tabakprodukte auf Plakaten und im Kino verboten. Auch würden Tabakkonzerne keine Zigaretten mehr gratis abgeben oder internationale Veranstaltungen in der Schweiz sponsern dürfen. Allerdings wäre weiterhin Werbung in der Presse oder im Internet möglich, ebenso wie das Sponsoring nationaler Veranstaltungen. Die Initiative wurde von der sozialistischen SP, den Grünen, den Grünliberalen und der Evangelischen Volkspartei unterstützt. Demgegenüber sprachen sich SVP, FDP und auch die Mitte gegen die Initiative bzw. für den Gegenvorschlag aus. Letztlich erreichte die Initiative mit 56,6% die Mehrheit im Stimmvolk und auch das nötige Ständemehr. Abgelehnt wurde sie lediglich in den stark konservativ und bürgerlich geprägten Kantonen der Innerschweiz und der Nordostschweiz.

Mit besonderer Spannung war auch das Votum über das neue ***Mediengesetz*** erwartet worden. Dieses sieht verschiedene Maßnahmen zugunsten der einheimischen Medien in Höhe von insgesamt bis zu 151 Millionen Franken vor. Dazu gehören die Zustell-Ermäßigungen für abonnierte Tages- und Wochenzeitungen sowie Vereinszeitschriften. Zusätzlich würde die Unterstützung für private Lokalradios und das Regionalfernsehen erhöht. Ferner käme auch eine Unterstützung der Frühzustellung abonnierter Zeitungen sowie die Förderung von Online-Medien hinzu. Unterstützt wurde die

Vorlage von Bundesrat und Parlament, von Sozialisten und Grünen, aber auch Grünliberalen, zahlreiche Medienorganisationen und auch einige Vertreter der FDP (vor allem aus der Westschweiz) sprachen sich für diese aus. In der „Mitte“ war die Diskussion sehr kontrovers. Auf der einen Seite argumentierten Befürworter für die Bedeutung einer starken regionalen Berichterstattung – ein auch für die Klientel der Christdemokraten sehr wichtiger Aspekt. Auf der anderen Seite bemängelten die Gegner, darunter auch Vertreter der Jungen Mitte, dass das Paket nicht ausgereift sei und nicht nur Regionalmedien, sondern auch den großen Verlagen helfen würde. Auch Parteipräsident Gerhard Pfister galt als Skeptiker der Vorlage. Beim Delegiertenvotum setzte sich die "Ja"-Empfehlung mit 98 gegen 67 durch. Einige ranghohe Parteivertreter der Mitte positionierten sich gleichwohl sichtbar gegen die Initiative. Klar gegen die Vorlage positionierte sich die SVP, die Spitze der FDP und der Wirtschaftsverband Economiesuisse. Doch auch von einigen Medienvertretern aus dem bürgerlichen und dem rechtskonservativen Lager kam Kritik. Letztlich scheiterte die Vorlage, nachdem Umfragen ein enges Rennen vorausgesehen hatten: Nur 45,44% sprachen sich für das Gesetz aus. Bemerkenswert deutlich sind die Unterschiede zwischen der Deutschschweiz und der Romandie. Bis auf das Wallis sprachen sich alle mehrheitlich frankophonen Kantone für die Vorlage aus. In der Deutschschweiz erhielt diese nur in Basel-Stadt und Uri eine Mehrheit. Damit musste die SP-Bundesrätin Sommaruga, die für das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation zuständig ist, nun zum dritten Mal in Folge eine Niederlage für eine Vorlage einstecken (zuletzt auch das CO^2-Gesetz und das Jagdgesetz).

Darüber hinaus stimmten die Schweizer über die teilweise Abschaffung einer so genannte **"Stempelsteuer"** ab. Diese wird erhoben, wenn sich ein Unternehmen durch die Ausgabe von Wertpapieren Eigenkapital verschafft. Die Steuer beträgt ein Prozent des aufgenommenen Kapitals, wenn dieses eine Million Franken übersteigt[1]. Bundesrat und Parlament hatten sich für die teilweise Abschaffung ausgesprochen, da diese insbesondere jungen wachstumsstarken Unternehmen zugutekommen würde. Dieselbe Position vertraten neben der FDP auch die SVP, die CDU-Schwesterpartei die Mitte und die Grünliberalen, ebenso wie der Wirtschaftsverband Economiesuisse. Gegen die Abschaffung hatten SP, Grüne, EVP und Gewerkschaften Partei ergriffen. Mit Erfolg: So wurde die Streichung der Steuer mit 62,7% klar abgelehnt und erhielt lediglich im Kanton Zug eine knappe Mehrheit.

Chancenlos ging die Vorlage zu einem weitreichenden **Verbot von Tierversuchen** in den Abstimmungssonntag. Sie sah sogar ein Importverbot für Produkte vor, die unter Anwendung von Tierversuchen entwickelt wurden. Bundesrat und Parlament lehnen die Vorlage ab und verwiesen auf die bereits strenge Gesetzgebung in der Schweiz. Alle Parteien empfahlen ebenfalls ein "Nein"; die Vorlage sei zu extrem. Wenig überraschend scheiterte die Initiative mit lediglich 20,92% Unterstützung.

Einschätzung

Bemerkenswert: In drei Fällen (Mediengesetz, Tabakwerbeverbot und "Stempelsteuer") entschied das Stimmvolk gegen die Empfehlung des Bundesrats, nur beim Tierversuchsverbot folgte es dessen Votum. Einige Beobachter leiten daraus eine abnehmende Autorität des Bundesrats ab, andere wiederum, dass im Zuge der Pandemie regierungs- und behördenskeptischere Bürger leichter mobilisierbar seien. Auffällig ist auch, dass zum wiederholten Mal in den letzten Jahren wirtschaftskritische Positionierungen entweder angenommen werden, oder aber nur außerordentlich knapp scheitern (Konzernverantwortungsinitiative[2]). Auch wenn es für die politische Linke ein gemischter Sonntag war (Scheitern des Mediengesetzes), so zeigte der klare Erfolg bei der Stempelsteuer, dass sie an Schlagkraft gewonnen hat.

Gleichzeitig war es auch für die EVP-Partnerpartei, die Mitte, kein erfolgreicher Abstimmungssonntag: Sie hatte dieselben Empfehlungen abgegeben wie der Bundesrat. Die Befürworter des Mediengesetzes innerhalb der Partei, wie Nationalrat

[1] https://www.efd.admin.ch/efd/de/home/das-efd/gesetzgebung/abstimmungen/emissionsabgabe.html

[2] Neue Zürcher Zeitung vom 14. Februar 2022

Martin Candinas, bedauerten das Votum: das Gesetz hätte "zur Stärkung einer vielfältigen und regionalen Medienlandschaft beigetragen". Entsprechend forderte Candinas, dass zumindest einige unumstrittene Punkte wie die stärkere Unterstützung der Institutionen zur Ausbildung von Journalisten wiederaufgenommen werden müssten.[3]

Ausblick: Rentenreform, Besteuerung, Kampfjets

Auch die kommenden drei Abstimmungssonntage am 15. Mai, 25. September und 27. November werden voraussichtlich einige wichtige wie kontroverse Vorlagen enthalten. Darunter fällt insbesondere die Abstimmung über das Rentensystem, oder präziser der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), der Schweiz. Die Reform soll unter anderem die schrittweise Einführung des Rentenalters 65 für alle umfassen. Mithin werden Frauen in Zukunft gleich lang arbeiten wir Männer (ein Jahr länger als bisher). Gleichzeitig würde diese Erhöhung von Ausgleichsmaßnahmen begleitet (inkl. einer abgeschwächten Rentenkürzung bei vorzeitigem Renteneintritt). Zum Auffangen der ohnehin steigenden Rentenkosten würde die Mehrwertsteuer um 0,4% angehoben. Unterstützer sind die SVP, FDP, Die Mitte aber auch die Grünliberalen, während das linke Lager und die Gewerkschaften diese Reform ablehnen. Die Parlamentsdebatte zu dieser Vorlage lässt eine sehr hitzige Kampagne vor dem Votum erahnen.

Zudem beschloss der Bundesrat am 12. Januar, die von der OECD und den G20 Staaten vereinbarte Mindeststeuer für bestimmte Unternehmen mit einer Verfassungsänderung umzusetzen, davon wären offenbar rund 2.500 Unternehmen betroffen. Auch hier wird eine Volksabstimmung nötig sein. Ob diese noch in diesem oder erst 2023 stattfindet, ist wiederum noch offen.

Eine Debatte, die zunehmend Fahrt aufnimmt, ist die Beschaffung von F-35-Kampfjets. Hier wird insbesondere die für das Verteidigungsressort zuständige Mitte-Bundesrätin Viola Amherd im Fokus stehen. Die Kritik: Anstelle der amerikanischen F-35 hätte die Schweiz französische Rafale beschaffen sollen, nicht zuletzt auch, um das nach dem Abbruch der Gespräche zum Rahmenabkommen ohnehin belastete Verhältnis zur EU nicht weiter zu verschlechtern.

Nun haben u.a. die SP und die Grünen die Initiative "Stoppt den F-35" lanciert, die Frist für die Sammlung der nötigen Unterschriften läuft noch bis zum 1. März 2021. Amherd verteidigt sich mit Verweis auf den günstigeren Preis und der technologischen Hochwertigkeit der F-35 Jets. Zudem richte sich die Initiative zwar vordergründig nur gegen die F-35, jedoch verlange sie auch eine entsprechende Budgetkürzung, was wiederum die Beschaffung eines anderen Jets blockieren würde.

Lage der Mitte ein Jahr nach Fusion und Umbenennung

Auch für die EVP-Partnerpartei, die christdemokratisch geprägte "Die Mitte", wird 2022 zu einer wichtigen Standortbestimmung – ein Jahr nach dem Namenswechsel (und dem damit verbundenen Verzicht auf den christlichen Bezug im Parteinahmen) und der Fusion mit der bürgerlichen Kleinpartei BDP.[4] Nach den ersten rund 13 Monaten seit diesem historischen Schritt ist es für eine Bilanz noch zu früh. Einige Beobachtungen können jedoch bereits gemacht werden.

Positiv zu vermerken: die Entscheidung der Umbenennung und Fusion im letzten Jahr hat parteiintern nicht zu Verwerfungen geführt. Bemerkenswerterweise verlief es auch in solchen Kantonen geräuschlos, in denen CVP und BDP kein ungetrübtes Verhältnis nachgesagt wurde, wie etwa in Graubünden. Zwar wird in der Partei immer wieder kontrovers diskutiert, die bestimmende Konfliktlinie ist hier aber nicht "CVP gegen BDP".

In beachtlicher Schnelligkeit hat die überwältigende Mehrheit der Kantonalparteien inzwischen ebenfalls die Namensänderung der Mutterpartei vollzogen. Dass die Kantonsparteien aus dem noch stark katholisch geprägten Wallis am C festhalten würden, war allgemein erwartet worden.

[3] https://die-mitte.ch/zur-staerkung-der-medienvielfalt-sind-die-unbestrittenen-punkte-des-mediengesetzes-rasch-wieder-aufzunehmen/

[4] Ausführlichere Hintergründe im KAS-Länderbericht: https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/historischer-tag-fuer-schweizer-christ-demokraten-fusion-und-abschied-vom-c

Zudem konnte sich in die Nachwuchsorganisation der Partei, die "Junge Mitte", über insgesamt 800 Neumitglieder freuen; der JM-Vorsitzende Marc Rüdisüli sprach von einer "Aufbruchstimmung".[5]

Gemischter ist das Bild, wenn man auf die Umfragen und die Kantonswahlen seit der Fusion blickt. Zuletzt lag die Mitte in den Umfragen bei 13,3% und damit bisweilen auf Augenhöhe mit der bürgerlichen FDP und noch vor den Grünen, die 2019 noch klar vor den Christdemokraten gelegen hatten. Auf der einen Seite liegt der Wert etwas unter der kombinierten Stärke von CVP und BDP bei den letzten Parlamentswahlen (11,4%+2,4% = 13,8%) und auch unter dem hier und vermuteten (Maximal-)Potential der neuen Partei von 20%. Auf der anderen Seite würde ein solches Ergebnis die CVP vor dem Verlust ihres Bundesratssitzes bewahren. Eher ernüchternd waren bisher die meisten Wahlresultate in Kantonen, in denen die CVP durchaus stark ist, etwa in Freiburg oder in Solothurn. In beiden Fällen verlor die Mitte 2021 an Stimmen. Zwar können für beide Kantone (wie auch für die Verluste in der Hochburg Wallis) lokale Gründe gefunden werden, allerdings zeigten die Ergebnisse wiederum auch keine erhoffte Trendumkehr an.
Neben den diversen Kantonswahlen in der Innerschweiz gelten vor allem die Berner Wahlen Ende März 2022 als mit Spannung erwarteter Test. Gerade das Argument einer besseren Performance in den bevölkerungsreichen traditionell reformierten Kantonen wie Bern und Zürich galt als eines der zentralen Argumente für Fusion und Umbenennung. Insbesondere im Kanton Bern bekam die CVP fast nie einen Fuß auf die Erde (Anteile bei den letzten Kantonswahlen 0,4 bzw. 0,8%), während die BDP mit Ergebnissen von 9-11% eine signifikante Kraft darstellt. Ein kleiner Erfolg gelang am Sonntag immerhin mit der Rückkehr der Partei in das Züricher Stadtparlament (4,3%).

Auffällig: von der nach der Fusion angekündigten programmatischen Arbeit ist bislang eher wenig zu sehen. Ein neues Grundsatzprogramm liegt bislang nicht vor. Angesichts der Positionsvielfalt innerhalb der Partei, die früher oft durch die gemeinsame Klammer des C überdeckt wurde, rechnen Beobachter damit, dass ein solcher Prozess Zeit benötigen wird und nicht im Schnellverfahren durchgezogen werden kann.

„Pragmatische“ Haltung zur EU

Immerhin hat die Partei sich im Januar zwei Tage zu einer Europaklausur zurückgezogen, doch die insgesamt recht defensiv gehaltene Erklärung lässt erahnen, dass bei vielen Fragen mit Blick auf die zukünftigen Beziehungen zur EU die Positionen innerhalb der Partei weiterhin divergieren. Damit wäre die Mitte allerdings unter den traditionellen Parteien – mit Ausnahme der EU-skeptischen SVP – nicht die einzige. Bei der Klausurtagung bekannte sich die Mitte grundsätzlich zur Fortsetzung des bilateralen Wegs. Gleichzeitig schließt sie einen EU-Beitritt aus (anders als etwa die Sozialisten und Grünen) und bezeichnet diesen als „ideologische Träumerei“. Innerhalb der letzten rund 20 Jahre hat sich die Position der Partei damit stark gewandelt: 1998 hatte die Partei mit 411 zu 48 Delegiertenstimmen den Bundesrat zur Vorbereitung von EU-Beitrittsverhandlungen aufgefordert. Heute sind solche Stimmen, wie des ehemaligen CVP-Bundesrats Joseph Deiss, aus der Partei nur noch selten zu vernehmen. Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens im Mai 2021 fordert die Mitte vom Bundesrat nun pragmatische Lösungen. Im Bereich der dynamischen Rechtsübernahme von EU-Recht und bei der Streitbeilegung kann sich die Mitte sektorale Lösungen vorstellen, davon soll aber die Personenfreizügigkeit ausgeschlossen sein – dies wiederum würde die EU wohl klar ablehnen. Durch diese Konzessionen soll der Zugang zu den Kooperationsprogrammen im Bereich der Forschung sowie die Anerkennung der Äquivalenz u.a. im Bereich der Börsen, Medizintechnik oder Maschinenindustrie erreicht werden.[6]

Kommentar:
Der Parteiführung, aber auch den kantonalen Ablegern ist es gelungen, innerparteiliche Verwerfungen durch Fusion und Namensänderungen zu vermeiden. Angesichts der durchaus emotionalen Diskussionen im Vorfeld über ein die Partei seit langem beschäftigendes Thema, ist dies durchaus als bemerkenswerte Leistung zu würdigen.

[5] Mehr in diesem Artikel.

[6] https://die-mitte.ch/pragmatisches-einstehen-fuer-die-interessen-der-schweiz/

Trotz des Verzichts auf das "C" im Parteinamen würden das christliche Menschenbild und die Leitideen der Christdemokratie, (Personalismus, Soziale Marktwirtschaft, Subsidiaritätsprinzip, etc.) einen guten Kompass für die notwendige programmatische Diskussion bilden. Dass diese nötig ist, haben auch die Voten des Abstimmungssonntags und die innerparteilichen Diskussionen in deren Vorfeld gezeigt.
Die "Mitte" ist aufgrund vieler Faktoren – Fusion mit einer anderen Partei, drohender Bundesratssitzverlust, starke Autonomie der Kantonalparteien, mehrere erfolglose Anläufe, über die katholisch geprägten Kernlande hinaus zu wirken - ein Fall "sui generis" und nur begrenzt mit anderen christdemokratischen Parteien in der EU vergleichbar. Die von ihr gemachten Erfahrungen mit dem Wegfall des „C“ werden mithin auf die Lage in Deutschland kaum übertragbar sein.

Die Schweiz in der Welt – UN-Sicherheitsratskandidatur und drängende EU-Frage

Ein wichtiger Termin für die Schweiz steht im Juni in New York an: Denn 20 Jahre nach ihrem UN-Beitritt kandidiert die Schweiz für die Jahre 2023/24 erstmals für einen zweijährigen, nichtständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat. Der Bundesrat hat die Kandidatur 2011 eingereicht. Damit will die Schweiz ihren globalen Einfluss und ihre Netzwerke stärken, ihre Expertise im Bereich der friedlichen Streitbeilegung einbringen und Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung und die effiziente Mittelverwendung der UN nehmen.[7] Eine weitere Motivation für die Kandidatur ist auch die Stärkung des internationalen Genf. Von einigen Stimmen, unter anderem auch vom ersten Schweizer Botschafter bei der UN wird dieser Schritt skeptisch gesehen, nicht zuletzt, weil man sich verstärktem politischen Druck anderer Länder ausgesetzt sehen werde.

Nach dem einseitigen Abbruch der seit 2014 geführten Gespräche zum Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU im Mai 2021 werden die Konsequenzen dieses Schritts zunehmend spürbar. Die EU hat ihre Ankündigung wahrgemacht, nicht automatisch bestehende bilaterale Abkommen aufzudatieren oder neue Vereinbarungen zu treffen. Der zuständige EU-Kommissar Maroš Šefčovič warnte zuletzt sogar von einem regelrechten Zerfall der Beziehungen. Spürbar wird das unter anderem beim Strommarkt oder im Bereich der Medizintechnik. Allerdings beweist die EU – sofern die Vereinbarung auch in ihrem Interesse ist - vielfach auch Pragmatismus und datierte andere – oft weniger im Fokus stehende Abkommen auf.

Auf wenig Verständnis stößt auch bei vielen EU-freundlichen Kräften in der Schweiz die Blockade der Teilnahme von Schweizer Forschungsinstituten am EU-Forschungsprogramm Horizon Europe. Diese Maßnahme trifft den Forschungsstandort Schweiz sehr hart. Entsprechend lancierten Anfang Februar Schweizer und britische Forscher eine Kampagne („Stick to science“), die zu einer Öffnung des Programms für Schweizer und britische Forscher aufruft. Auch Kollegen aus der EU haben sich der Initiative bereits angeschlossen. Die EU verlangt zuvor jedoch von der Schweizer Regierung eine Road Map zu den schwierigsten Fragen (u.a. dynamische Rechtsübernahme von EU-Recht durch die Schweiz, die Rolle des EuGH in der Streitbeilegung, Personenfreizügigkeit) und ein klares politisches Signal aus Bern, wie es nun mit den nach wie vor nicht gelösten institutionellen Fragen weitergehen soll. Die EU drängt zudem auf ein höheres Gesprächstempo. Bis nach den Parlamentswahlen im Herbst 2023 (!) zu warten, wie sich das einige Schweizer Akteure vorstellen, lehnt die EU ab.

Von Seiten des Bundesrats wird hingegen seit dem Scheitern des Rahmenabkommens ein etwas vorsichtigeres Tempo gefahren. Erst zu Beginn dieses Jahres begann Bundesratspräsident Cassis regelmäßige Dialogrunden mit Vertretern der Wirt-

[7] https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/internationale-organisationen/vereinte-nationen/schweizer-engagement/UNO-Sicherheitsrat.html

schaft und der Zivilgesellschaft zu führen. Bei seiner nächsten Sitzung will der Bundesrat zudem eine Klausur zu dem Thema abhalten. Wozu sich der Bundesrat aber durchringen kann, ist offen. Bundesratspräsident Ignazio Cassis (FDP) sprach von einer Neuauflage der bilateralen Verträge (Bilaterale III) – ein Weg, der sowohl mit FDP, der Mitte und der SP gangbar wäre. Ein neues Rahmenabkommen, so erklärte Cassis, werde es nicht geben. Fraglich ist jedoch, unter welchen Umständen die EU sich überhaupt auf so eine Lösung einlassen würde. Die Forderungen Brüssels nach einem klaren politischen Signal wehrt Cassis hingegen mit Verweis auf die erfolgte Zahlung der so genannten Kohäsionsmilliarde ab – das wiederum reicht der EU nicht aus.
Die Hoffnung einiger Schweizer Stimmen, man könne über wohlgesonnene EU-Mitgliedstaaten die Europäische Kommission dazu bewegen, von einigen für die Schweiz schwierigen Bedingungen für die Fortsetzung der engen Beziehungen abzurücken, hat sich nicht erfüllt. Unter der französischen EU-Ratspräsidentschaft sind erst recht keine Ouvertüren zu erwarten. Frankreich hat wiederholt – zuletzt auch nochmal durch seinen Botschafter – deutlich gemacht, dass es keine Sonderregeln für die Schweiz geben werde.
Einige Schweizer Akteure, wie unter anderem der Wirtschaftsverband Economiesuisse und die Medizintechnik-Branche mahnen den Bundesrat aus Furcht vor weiterem wirtschaftlichen Folgen mithin zur Eile.[8]

Ein Grund für das recht gemächliche Tempo, das die Schweiz in den Diskussionen anschlägt, ist, dass es weder im Bundesrat selbst noch unter den europapolitisch moderaten Parteien (Mitte, SP und FDP) einen Konsens über die roten Linien für etwaige Gespräche gibt.

Kommentar & Ausblick

Für die Schweiz kann 2022 ein Jahr wichtiger Weichenstellungen werden:

1. Unter anderem die AHV-Reform ist ein wichtiger Entscheid über Zukunft und Nachhaltigkeit des Schweizer Wirtschaftsstandorts und Sozialsystems. Hier steht der Bundesrat vor schwierigen Debatten.
2. Für die Bundesräte selbst ist dieses Jahr ein wichtiger Test, um sich vor den kommenden Parlamentswahlen 2023 innerhalb ihrer eigenen Partei und darüber hinaus in Stellung zu bringen. Sollte sich die Tendenzen in Umfragen und Kantonalparteien nicht klar ändern, ist zu erwarten, dass es bei der Besetzung des siebenköpfigen Bundesrats erheblich kontroverser zugehen wird, als noch 2019. Eine Erweiterung des Bundesrats auf 9 Mitglieder ist zwar noch in der Diskussion, wird aber von verschiedenen Seiten (u.a. Ständerat und Bundesrat selbst) skeptisch gesehen.
3. 2022 ist auch eine Gelegenheit, die Beziehungen mit der EU wieder auf das richtige Gleis zu setzen, und mithin die wirtschaftlichen und politischen Schäden durch den einseitigen Abbruch der Gespräche zum Rahmenabkommen zu begrenzen. Ein Verpassen dieser Gelegenheit droht hingegen längerfristige Schäden in den Beziehungen zu hinterlassen.
4. Für die Mitte ist das Jahr eine wichtige Gelegenheit, die programmatische Arbeit voranzutreiben und sich damit inhaltlich wie strategisch rechtzeitig vor den ersten Parlamentswahlen unter neuem Namen in Stellung zu bringen.

[8] https://www.economiesuisse.ch/de/dossier-politik/beziehungen-schweiz-eu-es-ist-zeit-jetzt-zu-handeln